

„Sollen sie doch ihr Geld essen und auf ihren Münzen kauen“

Die gesellschaftliche Polarisierung Boliviens

Marie Jasser

Einleitung

Nach dem Rücktritt des bolivianischen Präsidenten Evo Morales am 10. November 2019 war das Amt für zwei Tage unbesetzt. In diesen Tagen waren der Regierungssitz La Paz militarisiert und die gesellschaftliche Polarisierung extrem. Das nationale Parlament schaffte es nicht zusammenzutreten, um die verfassungsgemäße Amtsnachfolge zu bestimmen. In diesen Tagen organisierte die feministische Gruppe *mujeres creando* ein Frauenparlament, in dem Frauen verschiedener politischer Überzeugungen Analysen und Vorschläge zur aktuellen Situation darlegen konnten. Es waren Vertreterinnen der Partei MAS (Movimiento al Socialismo, dt. Bewegung zum Sozialismus), zu der auch Morales gehört, und deren Gegnerinnen anwesend um zu verstehen, was in den vergangenen Wochen passiert war. Die feministische Bewegung schaffte damit einen Raum des Austauschs und vor allem des Zuhörens nach Wochen medialer Übersättigung, Panik generierenden Fake News und gesellschaftlicher Division. Die bolivianische Aktivistin und Soziologin Silvia Rivera Cusicanqui resümierte im Frauenparlament:

„Ich glaube nicht an die beiden Hypothesen, die verwendet wurden. Der Triumphalismus, die Idee dass wir mit dem Sturz von Evo die Demokratie zurückgewonnen haben, scheint mir ein Exzess zu sein, eine Analyse, die sich auf das falsche konzentriert. [...] Die zweite falsche Hypothese, die mir äußerst gefährlich erscheint, ist die des Staatsstreichs, der einfach die gesamte Regierung von Evo Morales in den Momenten ihres größten Zerfalls als ein Paket mit allem, in Zellophan verpackt, legitimieren will.“ (Cusicanqui, Transkript der Rede auf *desinformemosnos*, 13.11.19)

Politischer Umsturz wegen Wahlbetrug oder Staatsstreich? Die Debatte beschäftigt nicht nur die lateinamerikanische Linke. Bolivien ist ein diverses und sowohl geographisch als auch ideologisch geteiltes Land. Der Versuch, die Prozesse seit den Wahlen vom 20. Oktober 2019 in eine vorgefertigte Form einzuordnen verwischt die Komplexität und vor allem die tiefe Polarisierung der bolivianischen Gesellschaft: In dem Konflikt vor dem Rücktritt - auch wenn dieser letztendlich durch das Eingreifen von Polizei und Militär entschieden wurde, was es zu einem Staatsstreich macht - wurden keine Staatsprojekte oder Visionen verhandelt, sondern zwei tiefgreifende Ängste und Ablehnungen. Einerseits die Ablehnung des zunehmenden Autoritarismus und des Verlustes demokratischer Institutionen. Andererseits die Ablehnung der Rückkehr einer rassistischen Eliteklasse an die Regierung und dem damit einhergehenden potentiellen Verlust der neu erreichten Rechte und ökonomischen Sicherheit. Auf Seiten der Protagonisten des Konflikts – nämlich Evo Morales, Carlos Mesa und Fernando Camacho – war es ein Kampf um den Zugang zur Staatsmacht und staatlichen Ressourcen, welcher auf Kosten

der bolivianischen Bevölkerung ausgetragen wurde und in dem alle Seiten die Ängste und Polarisierung gezielt vertieften. Die Opposition machte sich dabei die Unzufriedenheit eines Großteils der urbanen Bevölkerung sowie der Polizei zunutze, um den Staatsstreich zu ermöglichen und zu legitimieren. Die Interimsregierung macht seit ihrer Machtübernahme umfassenden Gebrauch von der erlangten Staatsmacht und setzt sowohl das Militär als auch die Polizei gegen Demonstrationen ein und proklamiert, die Bibel zurück in den Präsidentschaftspalast gebracht zu haben.

Nach vierzehn Jahren geht in Bolivien so ein politischer Zyklus vorläufig zu Ende, der mit der Vision der Überwindung des Neoliberalismus und einer inklusiveren, plurinationalen Staatsform begann. Am 10. November 2019 trat Evo Morales Ayma, der erste indigene Präsident Boliviens zurück. Morales wurde 2005 nach intensiven Protestzyklen gegen neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen, die vor allem von indigenen und bäuerlichen sozialen Bewegungen getragen wurden, zum Präsidenten gewählt. Seine Wahl stellte die Hoffnung einer Transformation der extrem rassistisch und klastisch organisierten Bolivianischen Gesellschaft dar. Die Partei MAS war über 14 Jahre die zentrale hegemoniale Kraft im Land. Sein drittes Mandat in 2014 gewann Morales mit 61 % und die MAS verfügte über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. In der ersten Amtsperiode wurden beispielsweise natürliche Ressourcen teilweise verstaatlicht und formal indigene Autonomien anerkannt. Seitdem stützt sich das politische und wirtschaftliche Modell Boliviens auf die Verteilung von Rohstoffrenten durch Boni und Infrastrukturprojekte. Dadurch fand eine Verteilung, keine *Um*verteilung von Reichtum statt. Dennoch hat die MAS maßgeblich zur Reduzierung von Ungleichheit und Armut beigetragen und die Inklusion vorher marginalisierter Bevölkerungsgruppen gefördert (Farthing 2018). Gleichzeitig dürfen die extraktiven und antikommunitären Aggressionen die in den letzten Jahren von der MAS Regierung vorangetrieben wurden sowie zunehmende Korruption, Klientelismus und die Nutzung einer abhängigen Justiz nicht unterschätzt werden.

Dem Rücktritt von Morales gingen wochenlange Proteste und Generalstreiks in den Städten und teilweise in ländlichen Gebieten des Landes voran, die sich an den Vorwürfen des Wahlbetrugs entzündeten. Einen Wechsel im Kräfteverhältnis zwischen den Streikenden und der Regierung der MAS ergab sich zuerst durch einen Polizeiaufstand und endete mit der Aufforderung des Militärs an Morales, sein Amt niederzulegen. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits zahlreiche soziale Bewegungen – die historische Basis der MAS – ebenfalls den Rücktritt gefordert (Salazar 2019). Noch am selben Tag traten neben dem Präsidenten auch die gesamte Spitze der Regierung, insbesondere MinisterInnen, einige SenatorInnen, BürgermeisterInnen und Gouverneure zurück und hinterließen das Land instabil und ohne politische Führung.

Aktuell bereitet sich Bolivien auf Neuwahlen mit Beteiligung der MAS vor. Weder Evo Morales noch der ehemalige Vizepräsident Álvaro García Linera, die sich beide in Argentinien im Exil befinden dürfen als Präsidentschaftskandidaten antreten. Seit der Angelobung der Interimsregierung werden ehemalige MAS FunktionärInnen unter dem Verdacht auf Korruption sowie Mithilfe eines Gesetzes gegen Anstiftung zum Landfriedensbruch politisch verfolgt und DemonstrantInnen kriminalisiert. Währenddessen zerfällt die rechte Opposition, die während des Konfliktes durch Evo Morales als klaren Gegner geeint wurde, in zahlreiche Fraktionen. Die Parteialianzen und neuen Bündnisse haben kaum Parteibasen auf nationaler Ebene und kein klares politisches

Programm. Der vorher viel beschworene Diskurs der Einigkeit weicht den persönlichen Interessen der KandidatInnen und internen klientelistischen Absprachen zwischen Parteien und Unternehmerorganisationen im Stil der sogenannten Paktierten Demokratie der 1990er Jahre (Schorr 2009).

Extraktivismus und sozial-ökologische Konflikte

Um die jüngsten Prozesse in Bolivien zu verstehen, sind die Beziehung der MAS zu den sozialen Bewegungen zentral: Die MAS vertrat zu Beginn ein breites Bündnis indigener, bäuerlicher und ArbeiterInnenbewegungen. Die sozialen Bewegungen stellten die Basis der MAS und ihrer Hegemonie dar. Spätestens seit 2011 wurden dieselben sozialen Bewegungen allerdings gezielt durch die MAS kooptiert, kontrolliert und gespalten, und die Bewegungen verloren an Mobilisierungsstärke (Delgado 2017; Farthing 2019). Außerdem musste die MAS trotz der Unterstützung eines Großteils der vorher marginalisierten Bevölkerung Kompromisse mit den bisherigen wirtschaftlichen und politischen Eliten aushandeln. In Bolivien bestehen seit der Unabhängigkeit enge Bindungen zwischen der jeweiligen Regierung und dem extraktiven Privatsektor, wobei die polit-ökonomische Elite des Landes wiederholt über direkten Zugriff auf den Staat und die natürlichen Ressourcen verfügte (Schorr 2009; Tapia 2016). In der politischen Krise kündigten die ökonomischen Eliten, besonders Großgrundbesitzer aus dem Tiefland, den Kompromiss mit der MAS Regierung auf.

Dein weiterer Faktor, der Morales Position schwächte, waren außer Kontrolle geratene Waldbrände, die durch legale Brandrodung entstanden waren und über 5 Mio. Hektar Trockenwald vernichteten. Die MAS Regierung weigerte sich, den Notstand auszurufen, was kurz vor der Wahl Massenproteste in Santa Cruz auslöste. Die indigenistischen und umweltschützerischen Diskurse auf nationaler und vor allem internationaler Ebene stehen in starkem Widerspruch zur Vertiefung und Ausweitung des Extraktivismus, der Perforierung und Missachtung indigener Rechte und der aktiven Verhinderung einer linken Alternative zur MAS. Der Extraktivismus und Landnahme werden allerdings nach dem Sturz von Evo Morales durch neue Pakte zwischen Agrarindustrie und Übergangsregierung nur vertieft.

Die Opposition im Generalstreik

Die MAS Regierung und Evo Morales wiesen zunehmend selbstherrliche und autoritäre Züge auf. Die Überzeugung, mit Morales als Präsidentschaftskandidaten einen Garant für den Wahlsieg zu haben, trug letztlich maßgeblich zum vorläufigen Ende des Regierungsprojekts bei.

Eine ernstzunehmende Opposition gegenüber der MAS begann sich erst ab 2016 wieder zu formieren, nachdem die so genannte Halbmondbewegung in 2009 ein Referendum für mehr Autonomie verlor. Sowohl die zeitweise Schwächung als auch die Neuformierung der Opposition lassen sich an Referenden festmachen: in 2016 strebte Morales mithilfe eines neuen Referendums eine Verfassungsänderung an um die Beschränkungen auf zwei Amtsperioden aufzuheben. Morales verlor das Referendum, trat

aber nach einem Urteil des Verfassungsgerichts dennoch erneut zur Wahl an. Erst daraufhin formierte sich in den urbanen Zentren und besonders in der im östlichen Tiefland gelegenen Stadt Santa Cruz Widerstand gegen die erneute Kandidatur.

Proteste gegen die Wahlergebnisse begannen bereits in der Wahlnacht, nachdem die Schnellauszählung der Stimmen gestoppt wurde. Am folgenden Tag wurde die diese aktualisiert und zeigte einen Trendwechsel nun mit einem Vorsprung der MAS an. Daraufhin begannen in Santa Cruz unter der Führung des Comité Cívico Pro Santa Cruz und in anderen urbanen Zentren Generalstreiks. Das Comité Cívico – unter Führung des aktuellen Präsidentschaftskandidaten Fernando Camacho – ist ein faschistisch-konservativer Zusammenschluss von UnternehmerInnen, dessen Jugendgruppe als neo-nazistische Miliz kategorisiert wird. Die während des Streiks organisierten Demonstrationen waren religiös-evangelikale, choreographierte Massenveranstaltungen, in denen lediglich Zustimmung zu den vorgebrachten Maßnahmen und Eskalationsstufen möglich war.

Die Proteste wurden von einer neuen urbanen Bewegung von Jugendlichen und StudentInnen getragen die im Bolivien von Evo Morales aufgewachsen sind. Hinzu kamen zunächst Gewerkschaften und ÄrztInnen und später von KraftfahrerInnen, FabrikarbeiterInnen, KokabäuerInnen sowie einige indigene Organisationen. Generell wurde der Streik von einem Großteil der neuen Mittelklasse des Landes unterstützt. Die Streikenden blockierten das Land für 21 Tage und sehen Morales Rücktritt als Erfolg ihrer Proteste an. Der Polizeiaufstand wurde von Mitgliedern des Comité Cívico ausgehandelt und stellt einen Wendepunkt in dem Konflikt dar.

In den Wochen vor dem Rücktritt von Evo Morales radikalisierten sich die Forderungen des Generalstreiks von einem zweiten Wahlgang zu Neuwahlen, bis zur Rücktrittsforderung. Auch die Gewalt zwischen den protestierenden anti- und pro-MAS Demonstrantinnen eskalierte – wobei Morales außer in La Paz weder die Polizei einsetzte noch die Armee gegen den Generalstreik mobilisierte. Stattdessen förderte Morales aktiv die Konfrontation zwischen sozialen Bewegungsorganisationen und Streikenden. In den eskalierenden Auseinandersetzungen vor dem Rücktritt kamen drei anti-MAS Demonstranten durch Schussverletzungen ums Leben (für eine kategorisierte Einordnung der Todesopfer während der Krise siehe Bjork-James 2019), eine Bürgermeisterin wurde von anti-MAS Stoßtrupps entführt und öffentlich gedemütigt, die Häuser von MAS FunktionärInnen in Brand gesteckt und anti-MAS Buskonvois auf dem Weg nach La Paz angegriffen – einer davon mit Schusswaffen. Die MAS Regierung und Morales selbst sprachen einerseits bereits nach den ersten Protesten von einem Staatsstreik und nahmen den Streik andererseits nicht besonders ernst. Morales bot auf einer Veranstaltung an, den StädterInnen „eine Unterrichtsstunde in Straßenblockaden zu geben“ (Página Siete, 24.10.19). Auch reagierte die Regierung zu spät inhaltlich auf die Proteste: Erst nach dem Polizeiaufstand erklärte sich Morales zu Gesprächen mit Oppositionsparteien bereit. Gleichzeitig rief Morales’ MAS-nahe soziale Bewegungen dazu auf ihre Wahl und ihre Stimmen zu verteidigen. Die Organisation Amerikanischer Staaten fand nach einer Überprüfung der Wahlergebnisse, der die Regierung zugestimmt hatte, vorsätzliche Manipulationen zugunsten der MAS und obwohl Morales innerhalb weniger Stunden nach Bekanntwerden Neuwahlen einberief, trat er am selben Tag inmitten eskalierender Gewalt und nach Aufforderung des Militärs zurück. Im Verlauf des Tages hatten verschiedene Gewerkschaften und soziale Bewegungsorgani-

sationen der Regierung das Vertrauen entzogen und über 40 Amtsträger der MAS traten zurück (ANF, 10.11.19). Schließlich verließ Morales den Regierungssitz La Paz und floh wenige Tage später nach Mexiko.

Der gesamte Konflikt wurde mithilfe der Produktion von Angst vor ‚den Anderen‘ gespeist: Die Angst davor, das eigene Dorf, Viertel oder Haus gegen Angriffe schützen und verteidigen zu müssen bestand dabei auf beiden Seiten; auf der einen Seite die rassistische und klassistische Angst vor sogenannten ‚Horden der MAS‘ auf der anderen Seite die Angst vor bewaffneten Motorradgruppen, die auf Seiten der Opposition als Stoßtrupp agieren.

Die Rolle von Polizei und Militär: Machtvakuum und politisches Chaos

Im ‚Normalfall‘ politischer Krisen, welche sich in Bolivien immer wieder ergeben, tritt wie z. B. 2003 die konstitutionelle Nachfolge in Kraft um eine friedliche Lösung zu gewährleisten. Aber weder die MAS noch die extrem rechte Opposition verfolgten diese Absicht: Während Morales auf das Machtvakuum setzte und Angst und Unsicherheit erzeugte, setzte der rechte Flügel alles auf die Kontrolle des Staates und verhandelte mit Polizei und Militär. Der Rücktritt löste Jubel unter den Streikenden aus, während sich die Wut über den Rücktritt, über Verbrennungen der Wiphala und deren Abtrennen von Polizeiuniformen besonders in La Paz gewaltsam entlud. Die Wiphala ist eine der offiziellen Staatsflaggen und repräsentiert die indigenen Völker des Hochlands. Nach zwei Tagen ohne politische Führung während derer La Paz militarisiert wurde ernannte sich Jeanine Áñez vor einem Parlament ohne Quorum selbst zur Präsidentin. Die Selbsternennung von Áñez wurde noch am selben Tag durch das Plurinationale Oberste Verfassungsgericht für legal erklärt und pro-MAS DemonstrantInnen begannen mit Straßenblockaden in ländlichen Gebieten. Die Blockaden schnitten einige Städte für mehrere Tage von der Lebensmittel- und Gasversorgung ab. Ihre Forderungen waren Áñez Rücktritt und die Anerkennung der Wiphala – wobei das Abschneiden der Stadt La Paz von der Versorgung dem historischen Vorbild Túpac Katari in 1781 folgt. Die gleiche Strategie wurde außerdem in 2003 und 2005 erfolgreich eingesetzt. Eine komunitäre Feministin unterstreicht die Radikalität der Maßnahme und ihre Dringlichkeit indem sie klar macht: „Sollen sie doch ihr Geld essen und auf ihren Münzen kauen.“ Jeanine Áñez, deren Partei UD in den Wahlen im Oktober lediglich 4% erreichte, ordnete Polizei-Militäreinsätze gegen Demonstrationen und Blockaden an. Der November 2019 ist der Monat mit den meisten Todesopfern politischer Gewalt seit dem Ende der Militärdiktaturen. In den Massakern von Sacaba und Senkata kamen insgesamt 34 Menschen durch Kugeln ums Leben.

Ausblick

Die politische Stabilität Boliviens ist auch nach der Einberufung neuer Wahlen am 3. Mai 2020 sehr fragil: Evo Morales dirigiert weiterhin einen Flügel der MAS, wobei deutliche Brüche in der Partei sichtbar werden. Die vorher geeinte ultrarechte evangelikale Opposition zerfällt in verschiedene neue und alte Allianzen die praktisch das

gleiche politische Projekt vertreten. Die MAS übernahm 2005 einen klientelistisch-bürokratischen Staat mit fehlender Gewaltenteilung (Farthing 2018) und operierte auch selbst in dieser Logik. Die gleichen Dynamiken werden nun auch von der Interimsregierung für die Förderung ihrer UnterstützerInnen und die Verfolgung der MAS genutzt. Die Gestaltungsräume für indigene Agenden oder feministische Anliegen wurden zu Beginn der MAS Regierung der Gestaltungsraum deutlich größer. Spätestens ab 2011 wurden diese Einflussmöglichkeiten zunehmend kleiner und sind mit der neuen Regierung praktisch verschwunden. Stattdessen werden neoliberale, christliche und konservative Projekte vorangetrieben. Als Gegenreaktion darauf hat die MAS, freie Wahlen vorausgesetzt, trotz aller Fehler erneut die Chance in die Regierung gewählt zu werden oder wenigstens im Parlament ein deutliches Gegengewicht zu stellen.

Bibliographie

- Assies, W. (2006): La „Media Luna“ sobre Bolivia: nación, región, etnia y clase social. In: *América Latina Hoy*, (43), 87–105.
- Bjork-James, C. (2019): Deaths During Bolivia's 2019 Crisis: An initial analysis. (https://woborders.blog/2020/01/04/2019-crisis-deaths-analysis/amp/?__twitter_impression=true) (abgerufen 30.01.2020).
- Cusicanqui, R. (13.11.2019): Esta coyuntura nos ha dejado una gran lección contra el triunfalismo: Silvia Rivera Cusicanqui desde Bolivia. *desInformemosnos*. <https://desinformemosnos.org/esta-coyuntura-nos-ha-dejado-una-gran-leccion-contra-el-triunfalismo-silvia-rivera-cusicanqui-desde-bolivia/> (abgerufen 30.01.2020)
- Delgado, A. (2017): The TIPNIS Conflict in Bolivia. In: *Contexto int.*, 39 (2), 373–392.
- Faguet, J. (2018): The Lessons of Bolivia. In: *Journal of Democracy*, 29 (4), 89–101.
- Farthing, L. (2018): The left in Power. State officials' perspectives on the challenges to progressive governance in Bolivia. In: *New Politics Papers*, (3), 3–25.
- Farthing, L. (2019): An Opportunity Squandered? Elites, Social Movements, and the Government of Evo Morales. In: *Latin American Perspectives*, 46 (1), 212–229.
- Noticias Fides (10.11.2019): Al menos 40 autoridades del MAS renunciaron en medio de la crisis política. <https://www.noticiasfides.com/nacional/politica/al-menos-40-autoridades-del-mas-renunciaron-en-medio-de-la-cri-sis-politica-402325> (abgerufen 30.01.2020).
- Página Siete (24.10.2019): Morales se ofrece a dar talleres sobre cómo bloquear. <https://www.paginasiete.bo/nacional/2019/10/24/morales-se-ofrece-dar-talleres-sobre-como-bloquear-235407.html> (abgerufen 30.01.2020).
- Salazar, H. (2019): Bolivia: las dos mitades de la historia del desastre que desató la violencia. ZUR. <http://zur.org.uy/content/bolivia-las-dos-mitades-de-la-historia-del-desastre-que-desato-la-violencia> (abgerufen 30.01.2020).
- Schorr, Bettina (2009): Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Bolivien. In: Mittag, Jürgen; Ismar, Georg (Hg.): *El pueblo unido? soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 185–216.
- Tapia, Luis (2016): *El momento constitutivo del estado moderno capitalista en Bolivia*. La Paz: CIDES-UMSA; Autodeterminación.